Nr. 235a. XXXIII. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 10. Mai 1904

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

70. Sitzung vom 9. Mai, 11 Uhr.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Minister **Schönstedt** fährt fort:

Die Provinziallandtage sind für diese Fragen nicht zuständig. Die Verwaltung hat die wirtschaftlichen Organisationen wie das Kohlensyndikat nicht gehört, sondern diese Vereine sind lediglich von dem Oberbürgermeister von Düsseldorf gefragt, um festzustellen, ob diese Verbände nicht fürchteten, daß die Rechtseinheit auf dem Gebiete der Kohlen- und Hütteninduſtrie gefährdet würde. **Krefeld** und **München-Gladbach** haben schon jetzt eine Kammer für Handelssachen und eine detachierte Strafkammer, für ein volles Landgericht ist aber zur Zeit noch nicht Arbeit genug vorhanden. Wenn diese Vorlage fällt, ist die Aussicht auf Errichtung von Landgerichten in Krefeld und München-Gladbach jedenfalls weiter hinausgeschoben. **Richter haben wir dem Oberlandesgericht Köln genügend bewilligt.** In den letzten Jahre sind drei neue Senate bewilligt, die Zahl der Hilfsrichter ist zurzeit auf 32, dann auf 36, schließlich auf 49 erhöht. Auch in diesem Jahre sind noch zwei Hilfsrichter neu bewilligt. Es ist immer bewilligt, was beantragt ist. Der Abg. **Trimborn** meinte, wir sollten die rheinischen Anwälte erziehen. Ich weiß nicht, ob die rheinischen Juristen dessen besonders bedürftig oder zugängig sind. Die Richter haben mir gesagt, wenn sie die Anwälte unterbrechen hätten, dann hätten die Herren immer doppelt so lange gesprochen. (Heiterkeit.) In Köln sind jetzt schon auf Januar Termine angesetzt. Minister v. Miquel hat einmal dem Hause zugerufen: Beuge vor! Das möchte auch ich heute tun. (Beifall.)

Abg. Dr. **Beumer** (natl.):

Ich will bei meiner heutigen Rede zu Gunsten Düsseldorfs dieselbe Objektivität zeigen, die Herrn Trimborn in seiner Rede zu Gunsten von Köln nachgerühmt wird. (Heiterkeit.) Es kommt mir dieser ganze Streit so vor, wie wenn die jüngere Tochter sich vor der älteren verlobt, und die ältere nun grollt (Heiterkeit), wobei sie von dem älteren Bruder unterstützt wird. Der Bruder heißt in diesem Falle **Karl Trimborn.** (Heiterkeit.) Dieser Knabe Karl sängt an, mir fürchterlich zu werden (Heiterkeit); zumal wenn seine „hohe Warte" der größte Kirchturm in Köln ist. (Heiterkeit.) Die Kölner sind entrüstet, daß die Minister viel häufiger nach Düsseldorf kämen; vielleicht hatten sie bei der recht verunglückten Sportausstellung (Heiterkeit) keinen Anlaß, nach Köln zu kommen. Köln hatte früher immer Vorrechte, das Stapelrecht auf dem Rhein und das Monopol für Frühzeine. Mir ist selbst einmal erklärt, daß es ein altes Vorrecht der Kölner sei, daß jeder Düsseldorfer auf der Reise eine Nacht in Köln bleiben müsse. (Heiterkeit.) Leben und leben lassen, das ist der Grundsatz, den die Kölner kennen müssen, den sie bei der Maskenfreiheit am Karnevalstage ja schon befolgen. (Heiterkeit.) Mögen sie den Grundsatz auch in vernünftigen Dingen befolgen! (Heiterkeit.) Ich sage hier wie Minister v. Podbielski im Reichstage: Man soll die unreellischen Verhältnisse nicht zu sehr in den Vordergrund stellen. (Heiterkeit.) Die Minister bitte ich, bei künftigen Reisen Köln recht zu berücksichtigen. (Heiterkeit.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Freiherr **v. Zedlitz** (freik.):

Wir haben jetzt bereits sechsundzwanzig Kommissionen. Wo sollen die Mitglieder für eine neue herkommen? (Heiterkeit.) Könnten wir die Vorlage denn nicht gleich in zweiter Lesung erledigen?

Die Vorlage geht an eine Kommission von vierzehn Mitgliedern.

Der Gesetzentwurf betreffend **Erweiterung des Stadtkreises Bonn** wird in dritter Beratung, der Gesetzentwurf betreffend **Erweiterung des Stadtkreises Bochum** in zweiter Beratung angenommen. Es wird dabei folgende Resolution nach dem Vorschlage der Kommission angenommen: die Regierung zu ersuchen, auf eine alsbaldige Aenderung des § 10 des Reichsgesetzes über den **Unterstützungswohnsitz** in der Richtung hinzuwirken, daß im Fall einer Eingemeindung die Zeit, in welcher jemand vor der Eingemeindung in einem Teile des durch diese gebildeten größeren Ortsarmenverbandsbezirks sich aufgehalten hat, auf die zweijährige Frist für den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes in dem vergrößerten Ortsarmenverbande angerechnet wird.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines **Nachtrags** für das Rechnungsjahr 1904. Die Kommission beantragt, die geforderten 3 Millionen Mark für den Eisenbahnverband zu bewilligen.

Abg. **v. Savigny** (Ctr.)

erklärt, daß seine Freunde für die Forderung stimmen würden. Der Minister möge aber noch die Erklärung abgeben, daß eine Schädigung des Trierer Verbandes nicht beabsichtigt sei.

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.):

Wir müssen an unserem ablehnenden Standpunkt festhalten, weil wir wollen, daß alle Angestellten mit dem gleichen Wohlwollen behandelt werden. Hätten wir uns überzeugen können, daß die Forderung im Interesse der Eisenbahner läge, so würden wir dafür gestimmt haben. Wir fürchten, daß diese Geschenke keine Zufriedenheit schaffen, sondern Neid und Zwietracht. (Beifall links.)

Abg. **Brömel** (fr. Vg.):

Die Erklärungen der Regierung in der Kommission haben bewirkt, daß wir die Bedenken dagegen haben fallen lassen. Wenn die Summe von 3 Millionen Mark dazu dienen würde, eine Kasse im Gegensatz zu den übrigen freien Kassen zu fördern, würden wir die Hand dazu nicht bieten; aber nach den positiven Versicherungen des Ministers handelt es sich nur um eine Fürsorge für die Veteranen der Arbeit. Hoffentlich sorgt der Minister auch recht bald dafür, daß die Beamtenpensionskassen Unterstützung erhalten. Die Zukunft des großen Eisenbahnerverbandes hängt hauptsächlich davon ab, was der Minister und seine Beamten daraus machen. Sie können jetzt persönliche Beziehungen zu den Beamten herstellen, wie man sie sich kaum besser denken kann.

Minister der öffentlichen Arbeiten **v. Budde:**

Ich kann nur bestätigen, daß keine Konkurrenzkasse für die schon bestehenden Kassen geschaffen werden soll, es soll hier nur eine einmalige Zuwendung für die älteren Arbeiter über 40 Jahre gemacht und auch den Arbeitern, die an den Strecken verstreut wohnen, die Möglichkeit der Versicherung geschaffen werden. Der Trierer Verband soll in keiner Weise erdrückt werden, es steht ihm frei sich mit dem Kasseler Verband zu verbinden oder selbständig zu bleiben. (Beifall.)

Der Nachtragsetat wird **bewilligt.**

Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes betreffend das Staatsschuldbuch vom 20. Juli 1883 wird ohne Erörterung in erster Lesung erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bestrafung des Spiels in außerpreußischen Lotterien und des Vertriebs von Losen außerpreußischer oder solcher preußischer Lotterien, welche nur für einen Teil der Monarchie erlaubt sind. Nach der Vorlage soll das Spielen in außerpreußischen Lotterien mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bestraft werden. Der Verkauf soll mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft werden; wenn außerdem Publikation oder öffentliches Auslegen des Lotterieplanes erfolgen, soll die Geldstrafe 100 bis 1500 Mark betragen. Für den Rückfall werden verschärfte Strafen angedroht. Endlich soll die Strafbarkeit des Losehandels auf solche Fälle ausgedehnt werden, in denen die Lotterie nur für bestimmte Teile Preußens erlaubt ist.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben:**

Mit der Vorlegung dieses Gesetzentwurfs haben wir einer Resolution dieses Hauses Folge gegeben. Eine reichsgesetzliche Regelung dieses Gebietes halte ich für nicht möglich, dagegen bin ich der Ansicht, daß eine Verschärfung der Strafen unerläßlich ist, da die Bestimmungen jetzt jeden Tag mit Füßen getreten werden. Schon der Abg. Gyles hat im vorigen Jahr darauf aufmerksam gemacht, daß es Bundesstaaten gibt, die ihre Kollekteure zwingen, 80 Prozent der Lose in einem anderen Bundesstaat abzusetzen. Dagegen müssen wir uns doch schützen. Auch das Publikum muß vor einer derartigen Anreißerei geschützt werden. Man hat mir, dem preußischen Finanzminister, ein Schriftstück zugeschickt, in dem es heißt: „Die großherzoglich mecklenburgische Landeslotterie bietet die beste Gelegenheit zum Glücksspiel, ergreifen Sie die Gelegenheit, so können Sie 600,000 Mark leicht Ihr eigen nennen!" (Heiterkeit.) In einer anderen Zuschrift heißt es: „Von meinem jüngsten Sohn Otto habe ich eine Nummer für Sie ziehen lassen (Heiterkeit), der Knabe hat ein fabelhaftes Glück (Heiterkeit), viele reiche Leute verdanken ihm ihr Glück (Heiterkeit), schon in der nächsten Klasse sind einmal 50,000 Mark gezogen. (Heiterkeit.) Ergreifen Sie die Gelegenheit, denn es ist sicher, daß Sie einen Gewinn tun!" Von Kindeshandschrift steht darunter: „Wenn Sie auf dieses Los recht viel gewinnen, bekomme ich doch auch etwas in meine Sparbüchse." (Heiterkeit.) Dagegen müssen wir doch einschreiten. Wir müssen auch unsere Rechtsordnung schützen. Der Kollekteur zahlt jetzt einfach die 1500 Mark Strafe jährlich, das kommt bei dem Geschäft wieder heraus. Eine höhere Bestrafung ist nicht zulässig, weil die Gerichte das Vertreiben jetzt als eine fortgesetzte Handlung ansehen, während es doch zahlreiche Einzelhandlungen sind. Zu einer Verständigung unter den Bundesstaaten oder gar einer Lotteriegemeinschaft können wir nicht kommen, solange wir nicht dafür sorgen, daß unsere Interessen geschützt werden. Vorher lassen sich die anderen Bundesstaaten, die zum Teil ihre Finanzen auf die Lotterieeinnahmen mitbasieren, auf nichts ein. Das Mißverhältnis, daß in Preußen auf den Kopf 2,35 Mark Lotteriekapital kommen in Lübeck aber zum Beispiel 66 Mark, muß erst etwas beseitigt werden. Diese Staaten sind jetzt auf den Absatz in Preußen angewiesen. Wollen sie sich mit uns verständigen, so werde ich bei den Verhandlungen nicht kleinlich sein, ich werde aber auch keine gewichtigen preußischen Interessen preisgeben. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr. (Novelle zum Ansiedelungsgesetz, kleine Vorlagen.)

Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

87. Sitzung vom 9. Mai, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Freiherr v. Stengel.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung in Anwesenheit von 13 Abgeordneten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz des Reiches, sogenannte „kleine Finanzreform" oder **„lex Stengel".**

Das Haus hat in der zweiten Lesung die Vorlage nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

In der Generaldiskussion ergreift zuerst das Wort

Staatssekretär des Reichsschatzamts Freiherr **v. Stengel:**

Meine Herren! Die verbündeten Regierungen haben soeben Beschluß gefaßt über ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Lesung zu dem Entwurfe des Finanzreformgesetzes. Ich habe namens derselben Ihnen folgendes zu erklären: Die verbündeten Regierungen sind über die von dem Reichstage in zweiter Lesung beschlossenen Aenderungen des Gesetzentwurfes nicht ohne ernste Bedenken. Sie erblicken in der Belastung der schwankenden Erträge der Stempelabgaben bei den Ueberweisungssteuern nichts weniger als eine Verbesserung der Vorlage und namentlich auch in der Ablehnung des § 3 des Gesetzentwurfs, welcher an sich den berechtigten Gedanken zum Ausdruck bringen sollte, daß die Belastung des Haushalts der Einzelstaaten durch ungedeckte Matrikularbeiträge nicht zur Regel werden, sondern nur ausnahmsweise zur Ueberwindung vorübergehender Schwierigkeiten plaßgreifen soll. Sie verkennen indessen nicht, daß der Gesetzentwurf auch in seiner jetzigen, vom Reichstage in zweiter Lesung beschlossenen Fassung noch immer einen dankenswerten Fortschritt und eine wertvolle Grundlage für weitere Verbesserungen im Haushalte des Reiches und in den Beziehungen des Reiches zu den Einzelstaaten ist, und die verbündeten Regierungen sind deshalb auch ihrerseits entschlossen, dem Gesetzentwurf in der von dem Reichstage in zweiter Lesung beschlossenen Fassung — vorausgesetzt, daß die Beschlüsse zweiter Lesung, abgesehen von vielleicht nur redaktionellen Aenderungen, in der dritten Lesung aufrecht erhalten werden — ihre Zustimmung zu erteilen. Wenn also der Reichstag die in zweiter Lesung von ihm gefaßten Beschlüsse in dritter Lesung in wesentlichen aufrecht erhalten wird, so würde bei der demnächst beginnenden dritten Lesung des Reichshaushaltsetatsentwurfes mit Sicherheit von Seiten des hohen Hauses darauf gerechnet werden können, daß der vorliegende Reformgesetzentwurf auch Gesetz wird.

Abg. Dr. **Pachnicke** (fr. Vg.):

Die verbündeten Regierungen haben der Finanzreform, wie sie in zweiter Lesung vom Reichstage beschlossen wurde, nur als einer Grundlage für zukünftige Reformen zugestimmt. Das sollte den Herren doch zeigen, dazu stimmen alle Fraktionen mit mir überein, daß die dreimaligen Versuche, welche der Bundesrat gemacht hat, seinen Standpunkt durchzusetzen, gezeigt haben, daß der Reichstag nicht gewillt ist, sich auf den Boden der verbündeten Regierungen zu stellen. Der Reichstag will an dem Prinzip der Matrikularbeiträge festhalten, weil er die Verantwortlichkeit der einzelnen Bundesstaaten nicht ausgeschlossen wissen will. Der Reichstag hat seine Gründe mit einer nicht zu verkennenden Deutlichkeit dargelegt. Er stimmt an, daß, wenn die Matrikularbeiträge aufgehoben werden, der Bundesrat mit neuen Steuervorlagen kommt. Gerade neue Steuern aber will der Reichstag vermeiden. Wenn jetzt Ruhe eintreten soll, dann muß der Bundesrat darauf verzichten, die Matrikularbeiträge beseitigen zu wollen.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Mein Freund Otto Arendt hat ausdrücklich bei der zweiten Lesung erklärt, daß meine Freunde auf dem Boden stehen, den Fürst Bismarck als den einzig richtigen bezeichnet hat: das Reich dürfe nicht zum lästigen Kostgänger bei den Einzelstaaten werden. Ich muß auch durchaus den Worten des Vorredners widersprechen, daß der Reichstag keine neuen Steuern bewilligen will. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß neue Steuern notwendig werden, wenn Deutschland auf der Höhe bleiben will, auf die es die Weltgeschichte gestellt hat. Ich verwahre mich für meine Parteigenossen ausdrücklich gegen diejenigen Schlußfolgerungen, welche der Vorredner aus der Annahme des Gesetzes als Meinung der überwiegenden Majorität des Reichstages gezogen hat.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

Ich bin auch durchaus anderer Meinung als der Abg. Dr. Pachnicke. Prophezeiungen für die Zukunft können wir nicht machen. Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß man die Ausführungen des Abg. Pachnicke als Auffassung des gesamten Reichstages bezeichnet.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (fr. Vp.):

Die Ausführungen des Abg. Dr. Pachnicke sind nach meiner Meinung zutreffend. Der Reichstag verlangt, daß die Matrikularbeiträge erhalten bleiben. Die Ausführungen des Schatzsekretärs deuten darauf hin, daß der Bundesrat ganz ähnliche Beseitigung der Matrikularbeiträge verlangt. Die Vorlage ist der erste Schritt zur Beseitigung; deshalb bitte ich, ziehen Sie den kleinen Finger, den Sie der Regierung gereicht haben, zurück! Sie nimmt sonst die ganze Hand.

Schatzsekretär Freiherr **v. Stengel:**

In der Erklärung, die ich namens der verbündeten Regierungen abgegeben habe, bezeichnete ich die in zweiter Lesung beschlossene Vorlage als einen noch immer dankenswerten Fortschritt und als eine wertvolle Grundlage für eine weitere Verbesserung im Haushalt des Reiches zu den Einzelstaaten. Wenn man sich die Lage der Reichsfinanzen vergegenwärtigt, so sollte man einmütig sein und es nur begrüßen, wenn die verbündeten Regierungen hier eine Verbesserung herbeiführen wollen. Glänzend sind unsere Finanzen zur Zeit gerade nicht.

Abg. **Fritzen** (Ctr.):

Ich möchte die Haltung meiner politischen Freunde nicht mißverstanden wissen. Wir hätten diesem Gesetz nicht die Zustimmung erteilt, wenn § 3 angenommen wäre.

Abg. Freiherr **v. Richthofen** (kons.):

Der Abg. Pachnicke hat die Motive des Hauses nicht richtig wiedergegeben. Wir nehmen lediglich den Gesetzentwurf an, den Motiven erteilen wir unsere Zustimmung nicht.

Die Finanzreformvorlage wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Parteien angenommen.

Inzwischen hat sich der Saal etwas mehr gefüllt. Am Tische des Bundesrats sind erschienen: der Reichskanzler Graf Bülow, Freiherr v. Richthofen, v. Tirpitz, Dr. Nieberding, v. Einem, Dr. Stübel.

Es folgt die dritte Lesung des Reichshaushalts.

In der Generaldiskussion kommt

Abg. **Bebel** (Soz.)

auf die Aeußerungen des Reichskanzlers über die Stellung Deutschlands im europäischen Konzert zurück. Kurze Zeit nach jenen Darlegungen des Grafen Bülow hat der Kaiser in Kaiserruhe eine Rede gehalten, die einige Hinweise auf die Stellung Deutschlands zu den anderen Mächten enthielt und unverhalt und außerhalb Deutschlands lebhafte Aufmerksamkeit erregte. Man glaubte, aus ihr entnehmen zu dürfen, daß wir denn doch zu Frankreich ein wenig anders stehen. Preßorgane aller Parteien haben darauf hingewiesen, daß Deutschland in der Tat isoliert dasteht. Das ist durch den glänzenden Empfang Loubets in Italien bewiesen worden. Die Stimmung des italienischen Volkes steht mehr auf französischer als deutscher Seite. Ich persönlich habe den Eindruck, daß die Stimmung der großen ausländischen Nationen gegen Deutschland wächst. Das zeigt uns auch der Umstand, daß das Denkmal Friedrichs des Großen noch unausgepackt irgendwo in Amerika steht. Fragt man nach den Gründen, so bekommt man zur Antwort, daß Deutschland durch seine machtvolle Stellung auf dem Weltmarkt den Neid der anderen Völker erregt. Ich verkenne die Bedeutung Deutschlands in dieses Hinsicht nicht. Der Neid, nein, der Haß der anderen Völker ist aber rege geworden durch die militärischen Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande, die ein Wettrennen aller Kulturnationen hervorgerufen haben. In weiten Kreisen aller Kulturnationen hat man allmählich dieses Wettrennen satt bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Lasten sind unerschwinglich, selbst England, das reichste Volk Europas, ist solchen Lasten auf die Dauer nicht gewachsen. Dazu kommt, daß Deutschland auf geistigem Gebiet als Hort der Freiheit den anderen Ländern nicht mehr als Muster dienen kann. (Sehr richtig! links.) Im Gegenteil, wir stehen an der Spitze aller reaktionären Bestrebungen. (Sehr richtig! links.) Aus Italien ist die Meldung gekommen, daß bei dem Untergang des russischen Panzerschiffes „Petropawlowsk" ein Telegramm aus einer sizilischen Stadt nach Petersburg gegangen sei des Inhalts: „Rußlands Trauer ist auch Deutschlands Trauer." Ich bestreite, daß die Stimmung in diesem kaiserlichen Telegramm der Stimmung des deutschen Volkes entspricht. (Lebhafte Zustimmung links.) Meiner Auffassung nach weilen die Sympathien des deutschen Volkes mehr auf Seite der Japaner als der Russen. (Sehr richtig! links.) Gewiß, wir bedauern alle die schweren Menschenverluste, aber Sympathien für Rußland haben wir nicht. (Zuruf rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen, das hält nur die Verhandlungen auf.

Abg. **Bebel** (fortfahrend):

Wir kommen zu unserer Stellungnahme auch durch die Rücksicht auf das russische Volk. Wir haben jetzt wieder ein Beispiel erlebt, auf welcher Kulturstufe Rußland steht. Ein Arzt namens Sabnsow wird von dem Generalmajor Kawalow zu einem Glas Wein geladen. Dort überfallen ihn Kosaken und prügeln ihn durch. Ich dächte, wir Alle hätten das lebhafteste Interesse daran, zu wünschen, daß endlich einmal die Sonne moderner Kultur in die russischen Gefilde dringt. Wer weiß, was für Preußen Jena und Auerstädt genutzt hat! Denn diese Niederlagen haben Preußen groß gemacht. Wer sich vergegenwärtigt, was für Oesterreich 1866 und für Frankreich 1870 bedeutet hat, — der wird hoffen, daß auch Rußland durch seine Niederlagen endlich zu einem Kulturstaat wird. Der Reichskanzler meinte bei der ersten Etatslesung: Wir hätten in der Mandschurei keine Interessen. Was sagt der „Ehrbare Kaufmann" in unserer größten Handelsstadt Hamburg? „Deutschlands Handel ist vernichtet, wenn Rußland die Mandschurei behält." Ich glaube, man kann zu der Einsicht der Kaufleute Hamburgs größere Zuversicht in dieser Beziehung haben als zu dem Reichskanzler. Ich hoffe, daß Deutschland nicht wieder die Gelegenheit wie 1895 verkommen nimmt, um mit den anderen Mächten Annexionspolitik zu treiben. Wenn Deutschland, wie Herr Graf Bülow meinte, im Osten nichts zu suchen hat, so hat es die Pflicht, größte Neutralität zu üben. Ich glaube, wenn Rußland unterliegt, können wir uns und auch den Westmächten nur gratulieren. Dann wird endlich die Furcht vor dem können Koloß schwinden und damit das Verlangen nach immer neuen Rüstungen. So wird indirekt unser Finanzwesen eine Besserung erfahren. Mit Mühe und Not haben wir diesmal die Zuschußanleihe beseitigt. Der Vertreter für Sachsen-Weimar klagte neulich in wehmütigen Tönen über die Finanznot seines Staates. Er hätte zu den Beispielen, die er anführte, noch eines von weit größerer Bedeutung hinzufügen können. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß unsere Kulturaufgaben in geradezu erschreckendem Maße leiden durch unsere Kriegs- und Kolonialpolitik. Ich will dem Vertreter für Sachsen-Weimar sagen, wie dort die Kulturaufgaben leiden. Jena, eine unserer ältesten Universitäten und eine der hervorragendsten Städte deutschen Geisteslebens, könnte seit Jahren nicht mehr als Universität bestehen, wenn es nicht in hocherzigster Weise von dem optischen Institut des Herrn Zeiß unterstützt worden